

GERD MARKHARDTER / REUTERS

„Eurofighter“ in den österreichischen Alpen

Rüstung

Betrugsanzeige gegen Daimler

In der Affäre um den Verkauf von „Eurofightern“ nach Österreich gerät neben dem Hersteller Airbus jetzt auch der Autokonzern Daimler ins Visier der Justiz in Wien. Dabei geht es um Gegengeschäfte für österreichische Firmen in Höhe von 328 Millionen Euro, die Daimler für EADS arrangiert hatte. Den österreichischen Ermittlern liegt eine Anzeige des Grünenparlamentariers Peter Pilz vor. Darin erhebt er den Vorwurf des schweren Betrugs und der Täuschung gegen den Stuttgarter Konzern. In der Anzeige werden Geschäfte aufgelistet, die den im „Eurofighter“-Kaufvertrag niedergelegten Bestimmungen angeblich nicht entsprechen. Heikel ist der Vorgang auch für den heutigen Airbus-Chef Tom Enders. Aus einer E-Mail geht hervor, dass er über einen Streit zwischen EADS und Daimler um Provisionen informiert war. Das Verteidigungsministerium in Wien hat Airbus bereits Anfang des Jahres angezeigt. Die Republik Österreich schloss sich dem an und fordert bis zu eine Milliarde Euro Schadensersatz. Dabei geht es unter anderem um ein Briefkastensystem, aus dem Provisionen, aber womöglich auch Bestechungsgelder an österreichische Politiker und Beamte gezahlt worden sein könnten. Airbus und Daimler weisen Unregelmäßigkeiten zurück. „Die Beauftragung von österreichischen Firmen durch die Daimler AG und die Zusammenarbeit mit EADS waren gesetzeskonform“, sagt ein Daimler-Sprecher. gt

Dieselaffäre

Regierung knickt vor Autolobby ein

Die Bundesregierung hat in den Verhandlungen über die Nachrüstung von Dieselfahrzeugen offensichtlich dem Druck des Verbands der Automobilindustrie nachgegeben. Demnach sollen die Hersteller über ein Update der Software lediglich sicherstellen, dass die Diesel-Pkw bis zu einer Temperatur von zehn Grad Celsius ihren Stickoxidausstoß filtern. Bei Temperaturen darunter soll es ihnen erlaubt bleiben, das Reinigungssystem bei Fahrzeugen der Euronormen 5 und 6 abzuregeln. Ursprünglich war geplant, dass die Wagen durch die Umrüstung erst bei viel tieferen Temperaturen die Abgasreinigung abschalten. Derzeit verhandeln Regierung und Autokonzerne die Modalitäten einer Nachrüstaktion aus. Die Ergebnisse sollen auf einem nationalen Autogipfel am 2. August beschlossen werden. Die nun festgelegte Abschaltregelung bei 10 Grad ist hoch umstritten. Sie würde bedeuten, dass selbst bei der deutschen Durchschnittstemperatur von 9,4 Grad Celsius im Jahr 2016 Diesel ihre Stickoxidabgase weitgehend ungereinigt ausstoßen dürften. gt

Zeitgeschichte

Eichmanns BND-Verbindung

Der Anwalt von Holocaust-Organisator Adolf Eichmann arbeitete während dessen Prozesses in Jerusalem 1961/62 offenbar als Informant des Bundesnachrichtendienstes (BND). Das legen Unterlagen des BND-Archivs in Pullach nahe. Danach führte der BND-Vorläufer „Organisation Gehlen“ den Anwalt Robert Servatius 1953 als „Verbindung“. Servatius war zuvor mehrfach nach Moskau gereist. Pullach hielt ihn deshalb für eine „zwielichtige Persönlichkeit“, wollte aber seine Kontakte nutzen. Seit 2011 ist bekannt, dass der BND Zugang zum Verteidigerteam Eichmanns hatte, bislang war aber unklar, wie. Der BND fürchtete zu Beginn des Prozesses, Eichmann könne den damaligen Kanzleramtschef Hans Globke belasten, der während des „Dritten Reichs“ im Innenministerium tätig gewesen war. Diese Sorge erwies sich als überflüssig. Der Kanzleramtschef habe ein „sehr positives Urteil über Servatius“, notierte ein BND-Mitarbeiter nach einer Besprechung mit Globke 1960. klw

Wahlkampf

Union streitet über Islamgesetz

Die Union streitet weiter über die Notwendigkeit eines Islamgesetzes. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann, sagte, die Ideen, die hinter der Forderung nach einem Islamgesetz stünden, seien richtig. „Sie sollten auch im Wahlkampf angesprochen werden. Wir brauchen in Deutschland ausgebildete Imame und eine Übersicht über die Aktivitäten der Moscheen in Deutschland“, sagte Linnemann. Er widersprach damit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU). Der hatte im SPIEGEL-Gespräch (28/2017) gesagt, mit Debatten über Islamgesetze verschrecke die Union bürgerliche, christlich engagierte Menschen. Unterstützung erhielt Laschet vom thüringischen Fraktionschef Mike Mohring. „Wir haben ein ausgezeichnetes Programm, mit dem wir in die Wahlauseinandersetzung ziehen können“, sagte der Landespolitiker. „Themen wie ein Islamgesetz brauchen wir dafür zuvörderst nicht.“ ran